

4
83

Union in Deutschland

Bonn, den 27. Januar 1983

Die SPD ist nicht regierungsfähig

Die CDU wird in den verbleibenden sechs Wochen bis zur Bundestagswahl die Wähler darüber aufklären, was der Kandidat Vogel und die SPD für unser Land bedeuten würden. Mit ihrem Wahlprogramm von Dortmund zeigt die SPD, daß sie aus ihren Fehlern, die zu Arbeitslosigkeit, hoher Staatsverschuldung und Firmenpleiten geführt haben, nichts gelernt hat, stellt Generalsekretär Heiner Geißler fest.

Die Sozialdemokraten sind zu Gefälligkeitsdemokraten geworden: Sie versprechen allen alles, wollen noch mehr Schulden machen, die Zinsen wieder hochjagen und so den beginnenden Aufschwung abwürgen. Die SPD propagiert weiter ihre alten Wirtschaftsrezepte, die unser Land in die Krise geführt haben.

1. SPD verschärft die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit

SPD setzt die Schuldenmacherei fort.

Der SPD-Kandidat Vogel will alle notwendigen Sparmaßnahmen zur Gesundung der Staatsfinanzen und der Wirtschaft wieder rückgängig machen und neue nutzlose Milliardenprogramme des Staates auflegen. Die Folge: hohe Staatsverschuldung, hohe Zinsen, keine Investitionen der Wirtschaft — mehr Arbeitslose.

Noch
39 Tage
bis zur
Bundestagswahl

Wahlkampf-Telefon
(0228) 544360

Heute im Wahlkampf

■ INFORMATIONEN

Bundesregierung verstärkt Kampf gegen Arbeitslosigkeit / Auch zusätzliche Ausbildungsplätze / Theorie und Praxis beim Mieterbundchef / Aktion gegen Stimmsplitting: Vorsicht vor falschen Freunden Seite 3 bis 6

■ FRIEDEN

Bundeskanzler: Vogel sagt zum NATO-Doppelbeschluß die Unwahrheit Seite 5
Antwort des Bundeskanzlers auf die Friedensbotschaft des Papstes Seite 9

■ DGB-PRÜFSTEINE

Die Union wird die soziale Gerechtigkeit herstellen Seite 7

■ RENTEN

Zwischenbilanz und Ausblick
gelber Teil

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Der SPD-Kandidat Vogel will das neue, verbesserte Mietrecht wieder rückgängig machen und lehnt die Wohnungsbaupolitik der Regierung Helmut Kohl ab.

Die Folge: Der Aufschwung in der Bauwirtschaft, und damit auch in anderen Wirtschaftszweigen, wird abgewürgt; es gibt weniger Wohnungen, die Mieten steigen, die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Allein für die Leute auf dem Bau bedeutet die Vogel-Politik 200 000 Arbeitslose mehr.

Vogel will Investitionen für zukunftsweisende Technologien — z. B. im Energie- und Medienbereich — blockieren. Die Folge: 100 000 neue Arbeitsplätze in krisensicheren Berufen können nicht geschaffen werden. Und die deutsche Industrie wird zweitklassig. Das rot-grüne Bündnis gefährdet unseren Wohlstand. Der SPD-Kandidat Vogel will sich mit den Stimmen der Grünen zum Kanzler wählen lassen; er ist bereit, mit den grünen Maschinenstürmern gemeinsame Sache zu machen. Jeder muß wissen, was das bedeutet: Wirtschaftskrise als Dauerzustand, das Ende der sozialen Sicherheit, noch mehr Arbeitslose.

2. Noch abenteuerlicher ist die Außenpolitik der SPD und ihres Kandidaten

Wir alle wollen abrüsten, wir alle wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen. Die SPD aber — und das ist das Sicherheitsrisiko — findet sich mit der sowjetischen Überrüstung und mit dem sowjetischen Monopol an Mittelstreckenraketen in Europa ab. Die SPD ist dabei, geistig und politisch zu kapitulieren, und dies zu einem Zeitpunkt, wo in Genf die Verhandlungen immer mehr Erfolg versprechen.

Die SPD ist in der westlichen Welt außenpolitisch isoliert. Vom französischen Staatspräsidenten muß sie sich die Notwendigkeit von Gleichgewicht und Abschreckung ins Stammbuch schreiben lassen. Die Amerikaner sind irritiert, weil die SPD die westlichen Raketen, die es noch gar nicht gibt, als Bedrohung darstellt und die sowjetischen SS 20, die auf Deutschland und Europa gerichtet sind, verharmlost.

Der Westen weiß nicht mehr, was mit dieser SPD los ist: Den „linken Patriotismus“ der SPD versteht man zu Recht als das, was er in Wirklichkeit ist: als nationalistischen Neutralismus, als Schaukelpolitik zwischen West und Ost. Dieser Nationalismus liegt auch heute und morgen nicht im deutschen Interesse. Unser Platz ist in der Gemeinschaft freier Völker. Am deutschen Wesen will die Welt nicht noch einmal genesen.

Wir, die CDU, wollen keine Konfrontation in der Außenpolitik, aber wenn die SPD so weiter macht, werden wir den Deutschen am 6. März die Vertrauensfrage stellen: Wir werden sie dann fragen, wem sie im Zweifel mehr vertrauen: den Vereinigten Staaten von Amerika oder der Sowjetunion. Wir werden sie fragen, wer unsere Freunde sind und unsere Freiheit verteidigt: die Vereinigten Staaten von Amerika oder die Sowjetunion.

Und wir werden sie fragen, wer uns geholfen hat, wer an unserer Seite steht und wer 17 Millionen Deutsche mit Mauern und Panzern unterdrückt — die Vereinigten Staaten von Amerika oder die Sowjetunion.

Die SPD heute — das ist eine andere Partei, es ist die alte SPD aus den fünfziger Jahren, die Konrad Adenauer als „Kanzler der Alliierten“ beschimpft hat. Die SPD hat vergessen, was sie am Ende einer langen Opposition, in Godesberg, zu lernen schien: Marktwirtschaft und Westintegration. Ohne Helmut Schmidt ist die SPD wieder auf einem sozialistischen und neutralistischen Kurs.

Wer so redet wie die SPD und ihr Kandidat in Dortmund, der gefährdet den wirtschaftlichen Aufschwung, den Frieden und die Freiheit. Deshalb ist die SPD nicht regierungsfähig.

WAHLKAMPF- INFORMATION

Bundesregierung verstärkt Kampf gegen Arbeitslosigkeit

„In diesem Jahr sollen zusätzlich 56 000 Arbeitslose durch staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Stelle erhalten. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, kündigten an, daß für diese Maßnahmen 1,3 Millionen DM vorgesehen sind. Sie forderten die Wirtschaft und die öffentlichen Arbeitgeber eindringlich auf, das Angebot „im Interesse der Arbeitslosen und der deutschen Volkswirtschaft“ anzunehmen. Blüm bezeichnete die Maßnahme als „Therapie gegen die Mutlosigkeit“.

Bundesarbeitsminister Blüm hatte seine Länderkollegen zusammen mit den Vertretern der Arbeitgeberverbände, dem Deutschen Gewerkschaftsbund sowie den paritätischen Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen nach Bonn eingeladen, um mit

Anzeige zum Thema „Nicht wieder SPD“

„Nicht wieder SPD“, lautet die Schlagzeile der Anzeige, die am 27. Januar in allen regionalen Tageszeitungen, der Welt, FAZ und im Handelsblatt erscheint. In der Bild-Zeitung wird die Anzeige am 28. Januar abgedruckt. Am 31. Januar — in der Bild-Zeitung am 1. Februar — folgt eine Anzeige zum Thema Wirtschaftsaufschwung: „Den Aufschwung schaffen. Nur mit uns läuft's“.

LIEBE FREUNDE!

„Dieser Kanzler schafft Vertrauen.“ Auf über 7000 Großflächen in Orten über 50 000 Einwohnern steht dieser Satz als zentrale Aussage zu Bundeskanzler Helmut Kohl. Die beiden Motive der derzeitigen Vorplakatierung zeigen den Kanzler im Gespräch mit jungen Leuten. Bundeskanzler Helmut Kohl steht im Mittelpunkt unseres Wahlkampfes, und es gilt nun, die immer breiter werdende Zustimmung zu seiner Person und seiner Politik zu nutzen. Wir führen einen Kanzler-Wahlkampf! Als neues Werbemittel gibt es hierzu jetzt den Prospekt „Dieser Kanzler schafft Vertrauen“, den Sie ab sofort bestellen können.

Nach den erfolgreichen Zielgruppenveranstaltungen „Mittelstand“ und „Frauen“ stehen in den nächsten Tagen drei wichtige Zielgruppen-Termine an:

- Jugend am 30. Januar in Köln
- Arbeitnehmer am 5. Februar in Dortmund
- Senioren am 8. Februar in Böblingen.

Auf allen Veranstaltungen spricht Bundeskanzler Helmut Kohl.

Die Zuversicht unserer Mitbürger wächst. Immer mehr setzt sich die Überzeugung durch: Helmut Kohl macht seine Sache gut. Zu seiner Regierung gibt es keine vernünftige Alternative.

Miteinander schaffen wir's.

Peter Radunski

(Peter Radunski)

ihnen über zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu diskutieren. Nach dem Arbeitsförderungsgesetz sollen Arbeiten finanziert werden, die im öffentlichen Interesse liegen und ohne die staatlichen Gelder überhaupt nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden können. In diesem Falle erhält der Arbeitgeber oder der Auftraggeber 60, in bestimmten Fällen sogar 100 Prozent des Arbeitsentgeltes in Form eines Lohnkostenzuschusses. Die Förderungsdauer beträgt in der Regel ein Jahr.

Auch zusätzliche Ausbildungsplätze

Die Bundesregierung wird in diesem Jahre zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um in ihrem Bereich noch mehr Ausbildungsplätze als bisher bereitzustellen. Trotz der schwierigen finanziellen Situation und der seit 1981 gesetzlich festgeschriebenen Regelung, in jedem Jahr die Planstellen des Bundes um 1% abzubauen, soll das Angebot an beruflichen Ausbildungsplätzen ausgeweitet werden. Mit ihrer Entscheidung vom 19. Januar 1983 hat die Bundesregierung den seit 1981 eingeleiteten Trend, Ausbildungsplätze im

Fernsehsports ARD und ZDF

Am 31. Januar werden in ARD (20.15 Uhr) und ZDF (19.20 Uhr) die beiden ersten Fernsehsports der CDU ausgestrahlt.

ARD-Live: Frauen in der Politik

Am 3. Februar, 20.18 bis 21.45 Uhr, findet in der ARD eine Live-Diskussion „Frauen in der Politik“ statt.

Die Wälder werden besser geschützt

Mit verschärften Auflagen für die Luftreinhaltung will Bundesinnenminister Zimmermann die Bedrohung des deutschen Waldes durch Schadstoffe eindämmen. Als ein wesentliches Mittel im Kampf gegen das Waldsterben soll die

Großfeuerungsanlagen-Verordnung Mitte Februar vom Kabinett verabschiedet werden. Der Ausstoß von Schadstoffen, besonders von Schwefeldioxyd und Stickoxyden, soll durch die Verordnung drastisch eingeschränkt werden. Auf das Argument der Energiewirtschaft, daß die Ursachen des Waldsterbens noch weiter erforscht werden müßten, antwortet Zimmermann: „Ich kann nicht ewig warten, bis der letzte Baum verreckt.“ Gegen den Widerstand der Kraftwerksbetreiber beharrt Zimmermann auch darauf, daß in alte Anlagen große Schadstoff-Filter eingebaut werden oder daß diese Kraftwerke stillzulegen sind.

Bereich des Bundes abzubauen, eindeutig gestoppt.

Alle Bundesminister werden aufgefordert, die Betriebe, Forschungsstätten, Behörden und Einrichtungen des Bundes im Jahre 1983 anzuweisen, ihre Ausbildungsangebote in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz so zu steigern, daß die Ausbildungsleistung des Bundes gegenüber dem Vorjahr (1982) erhöht wird.

Bundesbildungsminister Frau Wilms: „Die Bundesregierung geht mit gutem Beispiel voran. Mit ihrer Entscheidung hat sie dokumentiert, daß sie trotz der derzeit schwierigen Finanzsituation der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auch in ihrem eigenen Bereich höchste Priorität einräumt.“ Im Zusammenhang hiermit appel-

Bundeskanzler: Vogel sagt zum NATO-Doppelbeschluß die Unwahrheit

Der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Diether Stolze, erklärt:

Der Bundeskanzler sieht mit großer Sorge, daß die jahrelange Gemeinsamkeit zwischen Regierung und Opposition in der Sicherheits- und Abrüstungspolitik zerbrochen ist. Entgleisungen im Wahlkampf gefährden in zunehmendem Maß die Interessen unseres Landes, weil sie das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Bundesrepublik als Bündnispartner untergraben. Besonders bedrückend ist, daß Herr Vogel nicht davor zurückschreckt, die Öffentlichkeit wider besseres Wissen fortlaufend falsch zu informieren.

Hans-Jochen Vogel hat vor dem SPD-Parteitag in Dortmund zum Thema Raketenstationierung wörtlich folgendes gesagt — ich zitiere:

„Es ist eine Tatsache, daß Herr Kohl in den Vereinigten Staaten bei seinem Besuch gesagt hat auf einer Veranstaltung der Council on Foreign Affairs, also einer Gesellschaft für auswärtige Politik, und er hat es dann auch im Bulletin der Bundesregierung veröffentlichen lassen — er hat gesagt: die Wahlen seien notwendig, damit er eine Vollmacht hat, der Stationierung zustimmen zu können. Und ich, Freunde, bitte die Wähler um die Vollmacht, nicht nur um die Vollmacht, ja um den Auftrag, im Namen der Bundesrepublik Deutschland alles zu tun, damit die Stationierung von Raketen überflüssig wird.“

Diese Behauptung von Herrn Vogel ist gleich in zweierlei Hinsicht falsch. Der Bundeskanzler hat gar nicht vor dem Council on Foreign Affairs gesprochen, sondern vor dem Council on Germany. Man mag das als läßliche Sünde durchgehen lassen. Unerträglich aber ist es, daß Äußerungen des deutschen Bundeskanzlers im Ausland im Wahlkampf in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat vor dem American Council on Germany in New York am 16. November wörtlich gesagt — ich zitiere:

„Ich will hier wiederholen, was ich in meiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag gesagt habe. Wir, die Deutschen, stehen zum NATO-Doppelbeschluß, zu seinen beiden Teilen, ohne jede Einschränkung. Wir wollen, daß diese Verhandlungen erfolgreich sind, und wir wollen unsere amerikanischen Freunde ermuntern, mit äußerster Geduld, mit viel Hingabe und großer Energie zu verhandeln. Aber wir lassen keinen Zweifel daran, daß für den Fall, daß diese Verhandlungen nicht zu dem erwünschten Erfolg führen, wir den zweiten Teil des NATO-Beschlusses einhalten werden. Wir werden stationieren.“

Der Bundeskanzler hat bereits in der vergangenen Woche in der Öffentlichkeit festgestellt: Herr Vogel sagt die Unwahrheit, und er weiß das auch. Herr Vogel hätte sich durch einen Blick in das von ihm zitierte Bulletin der Bundesregierung, das die Nummer 113 und das Datum: „Bonn, 19. November“ trägt, informieren können, daß der Bundeskanzler mit diesem Vorwurf recht hat. Und er hat statt dessen seine Behauptung wiederholt — und ich muß feststellen: wider besseres Wissen wiederholt.

lierte Frau Wilms an die ausbildende Wirtschaft, aber auch an die Länder und Gemeinden, in den Anstrengungen zur Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen nicht nachzulassen, sondern alles zu unternehmen, um den Jugendlichen auch 1983 die notwendigen Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten.

Theorie und Praxis beim Mieterbund-Chef

Der Direktor des Deutschen Mieterbundes Helmut Schlich hat — lt. „Kölnische Rundschau“ vom 22. 1. 1983 — bestätigt, an Bauherrenmodellen in Köln beteiligt zu sein. Es handele sich dabei um drei Wohnungen in einem Objekt der Deutschen Wohnungsbaugesellschaft (DEWOG). Der Vorsitzende des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins, Hanns Schaefer, hatte auf einer Wahlveranstaltung der CDU gesagt, Schlich sei ein „Mann mit doppelter Moral und doppelter Zunge“, da er öffentlich die Bauherrenmodelle verdamme, sie privat jedoch für sich nutze.

Der Mieterbund-Chef hatte am 11. Januar in einer Fernsehsendung des WDR III zu Bauherrenmodellen Stellung genommen. Auf einer Kölner Baustelle meinte er: „Hier wird im Bauherrenmodell gebaut. Die Wohnung ist 130 Quadratmeter groß, sie wird nach meiner Schätzung, wenn sie fertig ist, zwischen 1500 und 2000 Mark an Miete kosten, und da frage ich Sie: Wer soll das bezahlen?“

Schaefer hierzu: „Dieser Mann redet links und handelt rechts.“ Schlich sei gerade erst in ein Bauherrenmodell in Köln-Seeberg eingestiegen, bei dem die Wohnungen nachher für einen Quadratmeterpreis von 4000 Mark verkauft würden. Auf der anderen Seite aber habe Schlich, so Schaefer weiter, in der erwähnten Fernsehsendung gefordert: „Wir brauchen

Aktion gegen Stimmensplitting

Vorsicht vor falschen Freunden

Vereinzelt treten derzeit Wählerinitiativen auf, die für ein Stimmensplitting zwischen CDU und FDP eintreten und den Eindruck erwecken, als gehe es „nur“ um die Zweitstimme. Bewußt wird hier auf die Unkenntnis vieler Wähler spekuliert, denen die Bedeutung von Erst- und Zweitstimme nicht klar ist.

Die Bundesgeschäftsstelle stellt sich diesen ungebetenen „Helfern“ energisch entgegen. Einer sogenannten „Wählerinitiative für eine Stabilisierung der Koalition der Mitte“ ist mitgeteilt worden, daß wir ihre Aktion „als eine Maßnahme ansehen, die gegen die Interessen der CDU verstößt und deswegen von ihr weder gebilligt noch gar unterstützt wird. Wir würden es bedauern, ggf. auch rechtliche Schritte unternehmen zu müssen“.

Falls auf örtlicher Ebene ebenfalls solche Initiativen auftreten, sollten Sie sofort energisch dagegen vorgehen. Die CDU hat keine Stimme zu verschenken, weder eine Erst- noch eine Zweitstimme. Informieren Sie uns bitte auch umgehend von solchen Aktivitäten, damit die Bundesgeschäftsstelle einen Überblick hat und notfalls zentrale Gegenmaßnahmen ergreifen kann.

Wohnungen, die vielleicht fünf bis sechs Mark pro Quadratmeter kosten. Und solche Wohnungen müssen gebaut werden... und zwar nicht im Bauherrenmodell...“

DGB-PRÜFSTEINE

Die Union wird die soziale Gerechtigkeit wieder herstellen

Zur Vorlage der Wahlprüfsteine des Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Bundesminister Norbert Blüm:

1. Es ist erfreulich und ausdrücklich zu begrüßen, daß DGB und Union in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Wiederherstellung der finanziellen Grundlagen der sozialen Sicherung übereinstimmend die wichtigste innenpolitische Aufgabe sehen.
2. Diese beiden Zielsetzungen haben das bisherige Handeln der Bundesregierung bestimmt. Ihr Dringlichkeitsprogramm dient dem Ziel, die wirtschaftliche Talfahrt in eine wirtschaftliche Belebung umzukehren und den Zusammenbruch der Finanzen der sozialen Sicherung zu verhindern.
3. Das Erbe, das die neue Bundesregierung angetreten hat, beweist: Die früheren Prüfsteine des DGB waren unter SPD-Regierungen in den Wind geschrieben. Vollbeschäftigung hat sich in Millionenarbeitslosigkeit umgekehrt, die Staatsverschuldung gigantische Ausmaße erreicht und die Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitnehmer nie dagewesene Höhen erklettert.
- Es wäre für die Arbeitnehmer hilfreich, wenn der DGB nach 13 Jahren SPD-geführter Bundesregierung auch eine Gewinn- und Verlustrechnung seiner Prüfsteine von 1972, 1976 und 1980 vorlegen würde.
4. Die Union ist mit dem DGB einer Meinung: „Die Lasten der Wirtschaftskrise müssen sozial gerecht verteilt werden.“ Deshalb will sie die Rückzahlbarkeit der Investitionshilfeabgabe durch Änderung

des entsprechenden Gesetzes aufheben. Übereinstimmung besteht auch in den Zielen, Subventionsmißbrauch, Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung zu bekämpfen sowie zu verhindern, daß sich Bürger über Abschreibungsgesellschaften ihrer Steuerpflicht entziehen. Die Forderung des DGB, einen gesetzlichen Rahmen für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer zu schaffen, der durch die Tarifvertragsparteien ausgestaltet werden kann, wird die Union erfüllen.

Die Aussagen des DGB zur Rentenpolitik stimmen mit dem Programm der Union überein und sind geeignet, dem von uns angestrebten breiten Konsens in dieser Frage zu dienen.

5. Der DGB stellt fest: „Die Systeme der sozialen Sicherung müssen mit dem Ziel umstrukturiert werden, das Erreichte zu sichern und die strukturellen Probleme der einzelnen Bereiche zu lösen.“ Es ist jedoch ein Widerspruch, wenn der DGB in gleichem Atemzug eine Fülle kostenträchtiger Forderungen aufstellt, deren Erfüllung weder der eigenen Aussage noch dem vorrangigen Ziel, alle Anstrengungen auf die Verbesserung der Beschäftigung durch mehr Investitionen zu konzentrieren, gerecht wird. Die CDU wird nicht mehr versprechen, als sie halten kann. Wir machen eine solide Sozialpolitik.

6. Das gemeinsame Bemühen um mehr und zukunftssichere Arbeitsplätze schließt Auffassungsunterschiede über einzelne Schritte und Maßnahmen nicht aus. Der DGB selbst weist auf die gewerkschaftliche Meinungsvielfalt hin. Ich trete deshalb für den kritischen und konstruktiven Dialog ein.

■ FINANZEN

Sechs Fragen, die der SPD immer wieder gestellt werden sollten

Das finanz- und wirtschaftspolitische Dringlichkeitsprogramm der neuen Koalition ist verabschiedet. Die ersten Schritte zur Sanierung der Bundesfinanzen, zur Wiedergesundung der Wirtschaft und zur Wiederbelebung des Wohnungsbaues sind getan. Das geht nicht ohne Opfer, Opfer von heute, die die Investitionen und Arbeitsplätze von morgen sind. Aber: Anders als zu Zeiten sozialdemokratischer Regierungsverantwortung kennen die Bürger die finanz- und wirtschaftspolitischen Absichten der neuen Regierung heute vor der Wahl.

Was dagegen fehlt, ist Klarheit über die Alternative der SPD, stellte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Manfred Carstens fest. Ihre haushalts- und wirtschaftspolitischen Aussagen beschränken sich auf die Verteufelung der eingeleiteten Sparmaßnahmen mit demagogischen Klassenkampfpapieren. Dem Wähler versucht man einzuflüstern, das verheerende Ergebnis 13jähriger SPD-Regierungsverantwortung — Massenarbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise und Zerrüttung der öffentlichen Finanzen — könne von der SPD auch ohne Opfer der Bürger überwunden werden.

Das ist das alte SPD-Rezept der Wählertäuschung. Dem Rentenbetrug von 1976, der Schuldenlüge von 1980 folgt neben der Mietenlüge die Finanztäuschung von 1983. Was die SPD verschweigt: Noch höhere Steuer- und Sozialabgabenlasten und eine noch größere Schuldenlast wären die unannehmbare Alternative zum

Sparprogramm der Bundesregierung. Die Öffentlichkeit hat ein Recht, jetzt zu erfahren, welche Finanz- und Wirtschaftspolitik die SPD für richtig hält. Ich frage deshalb die SPD:

① Wie sollen die unter 13jähriger Regierungsverantwortung der SPD zerrütteten Staatsfinanzen saniert werden? Soll bei den Ausgaben gespart werden oder nicht? Wenn ja, wo und in welchem Umfang?

② Was würde die SPD sonst zum Abbau der Neuverschuldung im Bundeshaushalt tun, oder glaubt sie, eine noch höhere Staatsverschuldung verantworten zu können mit all den verheerenden Folgen für Investitionen und Arbeitsplätze?

③ Welche Steuerpolitik hält die SPD für richtig?

Sollen die Steuern gesenkt werden? Welche? Sollen Steuern erhöht oder neu eingeführt werden? Welche?

Sind Steuerhöhungen ein taugliches Mittel zur Sanierung der Staatsfinanzen?

④ Welche Wirtschaftspolitik ist richtig? Was soll zur dauerhaften Stärkung der Investitionskraft der Wirtschaft geschehen? Sollen die gerade eingeführten steuerlichen Erleichterungen erhalten bleiben? Oder sollen staatliche Strohfeuerprogramme an ihre Stelle treten?

⑤ Was würde die SPD zur Erhöhung des Investitionsanteils im Bundeshaushalt tun, der unter ihrer Regierungsverantwortung um fast ein Viertel gesunken ist?

⑥ Wie sollen die finanziellen Grundlagen des Sozialversicherungssystems dauerhaft gesichert werden? Worauf sollen sich Beitragszahler, Rentner, Arbeitslose und Krankenversicherte einstellen?

Sollen die Beiträge zur Rentenversicherung, zur Krankenversicherung, zur Arbeitslosenversicherung erhöht oder gesenkt werden?

Sollen die Rentenerhöhungen beschnitten, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung eingeschränkt werden?

FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE

Antwort des Bundeskanzlers auf die Botschaft des Papstes

Bundeskanzler Helmut Kohl sandte als Antwort auf die Friedensbotschaft von Papst Johannes Paul II. zum Weltfriedenstag an Kardinalstaatssekretär Casaroli, Rom, Vatikan, folgendes Danktelegramm:

Für die Friedensbotschaft seiner Heiligkeit Papst Johannes Paul II. zum XVI. Weltfriedenstag, „Dialog für den Frieden: eine Forderung an unsere Zeit“, die mir seine Exzellenz, der Apostolische Nuntius übermittelt hat, danke ich Eurer Eminenz.

Alle verantwortlichen Menschen und Regierungen wollen den Frieden und suchen mit Vernunft und Leidenschaft beharrlich nach Wegen, ihn dauerhaft und wirksam zu bewahren. Viele Menschen und Regierungen wenden sich gegen Machtmißbrauch, gegen die Anwendung von Gewalt und dagegen, daß sich die Waffenarsenale in der Welt immer weiter mit furchtbaren Mitteln der Zerstörung füllen. Sie wünschen auch, sozialer Ungerechtigkeit und der Mißachtung der Menschenrechte entgegenzutreten. Die Würde des Menschen muß unantastbar bleiben. Solidarität unter den Menschen darf nicht an nationalen, kulturellen oder ideologischen Grenzen enden.

Die Botschaft des Heiligen Vaters unterstreicht die hohe Bedeutung des Dialogs in den zwischenmenschlichen Beziehungen, aber auch in den Beziehungen zwischen Gruppen und Staaten. Die Bundesregierung teilt die vom Heiligen Vater geäußerte Überzeugung, daß der Dialog eine wesentliche Bedingung für den Frieden ist, für den inneren wie für den äußeren

Frieden. Fehlt es am Gespräch, so entstehen Fehleinschätzungen; hieraus kann Mißtrauen, ja Haß und Zwietracht zwischen den Menschen, zwischen den Völkern und Staaten erwachsen.

Die Bundesregierung sieht in diesem Aufruf zu einem Dialog für den Frieden eine Bestätigung ihrer Politik, die kontinuierlich auf die Förderung von Mäßigung und Verhandlungsbereitschaft, auf den Verzicht von Gewaltanwendung und von Drohung mit Gewalt gerichtet ist. Auch für die Bundesregierung ist der Dialog ein unabdingbarer Bestandteil einer sehr realen Politik für den Frieden und nicht Utopie. Eine realistische Politik des Dialogs verlangt, wie Papst Johannes Paul II. betont, Offenheit für die Lage des anderen, aber ebenso ein klares Festhalten an dem, was man selbst als wahr und gerecht erkannt hat. Gemeinsam mit allen politisch verantwortlichen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland wird die Bundesregierung auch weiterhin eine aktive Friedenspolitik führen, eine Politik der Verständigung, des Dialogs, aber auch der Festigkeit.

Angesichts wachsender Bedrohung durch sich aufhäufende Waffenlager sind die Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung der wichtigste Dialog, der zur Zeit geführt wird. Es geht bei diesen Verhandlungen darum, durch vereinbarte, ausgewogene und überprüfbare Abrüstungsschritte dem Rüstungswettlauf in der Welt Einhalt zu gebieten und dadurch den Frieden sicherer zu machen. Diesem Ziel widmen wir, zusammen mit unseren Partnern im Bündnis, unsere ganze Kraft.

Verbundenheit mit den Kriegsopfern

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am 17. Januar 1983 in Bonn Vertreter der Kriegsopferverbände zu einem Gespräch empfangen. Er würdigte die verdienstvolle Selbsthilfearbeit, die in den Verbänden eine lange Tradition hat. Er verwies dabei vor allem auf jene Millionen durch den Krieg in ihrer Gesundheit geschädigten Männer und Frauen, die auf sich selbst gestellt, den Wiederaufbau unseres Landes tatkräftig mitgetragen haben.

Aus Anlaß und Ziel des Gesprächs, an dem auch Bundesminister Blüm und Staatsminister Jenninger teilnahmen, nannte der Bundeskanzler,

— seine Verbundenheit mit den Kriegsopfern und all den Mitbürgern zum Ausdruck zu bringen, die im Dienstes unseres Vaterlandes ihre Gesundheit geopfert haben, sowie

— die Unterrichtung der Kriegsopferverbände über die Maßnahmen und Beschlüsse der Bundesregierung.

Der Bundeskanzler faßte seine Auffassung zusammen:

① Die Ankurbelung der Wirtschaft und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind neben der Erhaltung des äußeren Friedens die wichtigsten Aufgaben der Bundesregierung im Jahre 1983.

② Die Verpflichtung des Staates gegenüber Kriegsopfern, ihren Familien und allen, die für die sachliche Gemeinschaft ein gesundheitliches Opfer gebracht haben, ist beständig. Das soziale Entschädigungsrecht des Bundesversorgungsgesetzes darf in der Substanz nicht verändert werden.

③ Dieses Gebot sei auch bei den jüngsten Entscheidungen der Bundesregierung beachtet worden. Die Maßnahmen, die die Kriegsopfer betreffen, seien der Bundesregierung nicht leichtgefallen. Sie seien aus dem Gesichtspunkt der Solidarität sowohl mit den Sozialversicherungsrentnern wie mit den Arbeitnehmern sozialpolitisch vertretbar und finanzpolitisch notwendig.

Wir unterstützen auch den Appell des Heiligen Vaters an die internationalen Organisationen, allen voran die Vereinten Nationen, sich ganz ihrer vorrangigen Aufgabe, der Völkerverständigung, zuzuwenden. Die Charta der Vereinten Nationen verpflichtet die Völker zum Gewaltverzicht, zum friedlichen Interessenausgleich und zur Zusammenarbeit. Für die Bundesregierung ist ihre aktive Mitarbeit in den Vereinten Nationen ein wesentlicher Teil ihrer Friedenspolitik.

Dies gilt auch für die Beiträge, die wir zu dem Dialog zwischen Arm und Reich in der Welt leisten, zwischen Industrielän-

dern und Entwicklungsländern. Wenn wir uns nicht unermüdlich darum bemühen, das Wohlstandsgefälle zu verringern, und für alle Menschen in der Welt die Chancen eines menschenwürdigen Daseins zu verbessern, kann der Frieden in der Welt nicht dauerhaft bewahrt bleiben. Die Botschaft des Heiligen Vaters zum Friedenstag, sein Appell zum friedlichen Miteinander der Menschen und Völker auf der Grundlage der Selbstbestimmung, der Toleranz und in Freiheit, ist Auftrag und Verpflichtung für uns alle.

Helmut Kohl — Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

DIE SPD SAGT, RICHTIG IST . . .

Die Wahrheit über die SPD-Plakate

Im Wahlkampf 1983 läßt die SPD auf verschiedenen Plakatmotiven ihren Kanzlerkandidaten Vogel auf Fragen von Bürgern antworten. Dabei sind die Fragen irreführend, die Aussagen des Kandidaten oft Leerformeln. Es werden keine wirklichen Antworten auf die drängendsten Probleme gegeben. Die SPD gibt kein Konzept zur Belebung der Wirtschaft und zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Der Kandidat Vogel redet allen nach dem Mund. Die Sozialdemokraten sind zu Gefälligkeitsdemokraten geworden.

Im folgenden werden einige Plakataufschriften zitiert und die Gegenargumente dargestellt. Dies ist als interne Argumentationshilfe gedacht, nicht zur Veröffentlichung auf Flugblättern o. ä. Im Gespräch, am Stammtisch usw. lassen sich die durchsichtigen „Argumentationen“ der SPD leicht widerlegen.

Motiv Mieter

Plakattext:

„Bisher waren wir zufriedene Mieter. Aber wenn jetzt die Staffelmiete kommt?“

Hans-Jochen Vogel: „Die Änderungen des Mietrechts gefährden den sozialen Frieden. Ich werde sie als Bundeskanzler rückgängig machen.“

Tatsache ist:

Die jetzt geltende Staffelmiete kann nicht erzwungen werden. Gegen den Willen des Mieters darf nicht in bestehende Mietverträge eingegriffen werden. Auch bei Neu-

abschlüssen von Mietverträgen muß der Mieter der Einführung einer Staffelmiete zustimmen.

Im übrigen: Auch Kandidat Vogel hat mittlerweile selbst erkannt, daß seine Aussage nicht haltbar ist. Denn er will plötzlich nur noch die Staffelmiete bei bestehenden Wohnungen beseitigen. Hinzu kommt: Hans-Jochen Vogel will offensichtlich an der Schutzklausel von 30% für Mieterhöhungen, die für Wohnungsmieten unter dem Vergleichsmietenniveau gilt, festhalten. Kein Wunder: sie war ja auch schon im SPD-Gesetzentwurf enthalten. Damit ist aber auch die Mietenkampagne der SPD in Hamburg „Kohls Weihnachtsgeschenk, 30% mehr Miete“, als Lüge und Wählertäuschung entlarvt. Die SPD gibt damit zu, daß diese im Hamburger Wahlkampf von ihr 'verteufelte' Regelung in Wahrheit dem Schutz der Mieter dient.

Wenn Vogel wichtige Änderungen des neuen Mietrechts zurücknehmen will, so macht er weitere 200000 Bauarbeiter arbeitslos.

Wie in der Vergangenheit hat Vogel auch heute keinen Blick für die wahren Probleme am Bau. Unter seiner Verantwortung als Bauminister begann die erschreckende Rückwärtsentwicklung in der Bauwirtschaft, und unter seiner Federführung als Justizminister wurde das schlechteste und unsozialste Mietrecht im internationalen Vergleich zivilisierter Länder (so die Süddeutsche Zeitung am 1./2. Januar 1983) geschaffen. Vogel würde den Wohnungsbau durch seine Pläne wieder auf Niedergang programmieren. Viele Wohnungssuchende und Arbeitslose kön-

nen keine Hilfe von der Vogel-SPD erwarten. Das Verhalten der SPD ist ein sozialer Skandal: Es macht Hunderttausende von Bauleuten arbeitslos und Hunderttausende von Wohnungssuchenden völlig chancenlos.

Motiv BAFÖG

Plakattext:

„Wenn die jetzt das Schüler-BAFÖG streichen, sollen wohl wieder nur noch die Jungs Abitur machen.“

Hans-Jochen Vogel: „Das trifft alle Arbeitnehmer-Kinder. Vor allem die Mädchen. Das kann nicht so bleiben.“

Tatsache ist:

① Das BAFÖG ist nicht gestrichen worden. Die Förderung für Studenten bleibt in vollem Umfang erhalten und wird auf Darlehen umgestellt. Auch ein Facharbeiter muß die Ausbildungskosten bis zur Meisterprüfung selbst finanzieren. Das Schüler-BAFÖG wurde gekürzt.

② Der Vorwurf, die Umstellung der Ausbildungsförderung würde vor allem Mädchen benachteiligen, ist völlig aus der Luft gegriffen. Jungen und Mädchen werden gleich behandelt.

③ Die Leistungsrückführung beim Schüler-BAFÖG betrifft alle Schüler, die zu Hause wohnen können. In Härtefällen können aber auch sie übergangsweise eine Förderung von monatlich 200,— DM erhalten. Jeder, der BAFÖG wirklich benötigt, wird es auch künftig erhalten. Darüber hinaus wird die Bundesregierung zusammen mit den Ländern eine Förderung begabter Schüler aus sozial schwachen Familien einrichten und weitere Verbesserungen der Ausbildungsförderung im Rahmen einer Neukonzeption des Familienlastenausgleichs vornehmen.

④ Statistische Erhebungen haben gezeigt, daß nur ein knappes Drittel jener Studienberechtigten, die als Beruf des Va-

ters „Arbeiter“ angaben, wirklich vom Schüler-BAFÖG abhängig sind. Nach der Neuregelung der Ausbildungsförderung werden ein Drittel der bisher Geförderten weiterhin leistungsberechtigt sein. Das BAFÖG kommt also genau jenen zugute, die darauf angewiesen sind.

Motiv Gewissensprüfung

Plakattext:

„Ich muß ja nicht zur Bundeswehr, aber die Gewissensprüfung finde ich schlimm.“
Hans-Jochen Vogel: „Als Bundeskanzler werde ich die Gewissensprüfung abschaffen.“

Tatsache ist:

Es gibt keine Gewissensprüfung mehr. Woran die SPD aufgrund ihrer inneren Zerrissenheit jahrelang scheiterte, nämlich ein neues verfassungskonformes Kriegsdienstverweigerungs-Gesetz zustande zu bringen, schaffte die Regierung der Mitte in nur zwei Monaten. Der Minister für Jugend, Familie und Gesundheit, Dr. Heiner Geißler, legte einen Gesetzentwurf vor, der Mitte Dezember im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde. Künftig muß anstelle der Ausschüsse und Kammern jeder selbst prüfen, ob ihm tatsächlich sein Gewissen den Kriegsdienst unmöglich macht. Die schriftlich dargelegten Gründe des Kriegsdienstverweigerers werden lediglich darauf überprüft, ob sie den Tatsachen entsprechen. Ein Prüfstein für die Gewissensentscheidung des einzelnen ist die Tatsache, daß künftig der Zivildienst um ein Drittel länger sein wird als der Grundwehrdienst. Dies bedeutet heute zwanzig Monate. Bei den Beratungen im Deutschen Bundestag hatte die SPD neunzehn Monate beantragt.

Die Regierung der Mitte sorgt gleichzeitig für mehr Wehrgerechtigkeit. Sie richtet mehr Zivildienstplätze ein und stellt dadurch sicher, daß jeder Kriegsdienstverweigerer einen zivilen Ersatzdienst leisten muß.

(wird fortgesetzt)

AKTIONEN

Zielgruppenbrief „Mieterhaushalte“

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

In den letzten Wochen sind die Mieter durch die Verbreitung von Unwahrheiten verunsichert worden. **Falsche Darstellungen des neuen Mietrechts haben viele Bürger unnötig in Angst und Sorge versetzt.** Die CDU hält es auch sozialpolitisch für unverantwortlich, wenn aus wahltaktischen Gründen versucht wird, Mietgesetze in Verruf zu bringen, die gerade auch für Mieter bessere Voraussetzungen schaffen sollen. **Deshalb halten wir es für notwendig, Ihnen die Wahrheit über die Änderung des Mietrechts zu sagen.**

Etwas wollen wir gleich vorausschicken: **Sozialmietwohnungen, Werkswohnungen und die Wohnungen gemeinnütziger Wohnungsunternehmen sind von der Änderung des Mietrechts überhaupt nicht betroffen.**

1. **Der soziale Schutz der Mieter bleibt bestehen.** Auch künftig darf keinem Mieter gekündigt werden, um Mieterhöhungen durchzusetzen. Die ortsübliche Vergleichsmiete bleibt Regelmiete. **Der Kündigungsschutz wird nicht angetastet.**

2. **Das neue Gesetz erweitert die Schutzvorschriften für die Mieter.** Überzogene Modernisierungen werden verboten. Die Mietkautionen werden begrenzt, sie müssen sicher angelegt und zugunsten des Mieters verzinst werden. **Niedrige Mieten dürfen in Zukunft nur noch schrittweise der ortsüblichen Vergleichsmiete angeglichen werden.** Auch hier sind Grenzen zugunsten des Mieters gesetzt worden.

Die jetzt ins Gesetz aufgenommene Mieterhöhungs-Obergrenze von 30 Prozent für einen Zeitraum von drei Jahren schützt den Mieter. Denn bisher konnten die Mieten, die unter den Vergleichsmieten lagen, viel stärker erhöht werden. Ein praktisches Beispiel belegt das: Ein Mieter zahlt 250 Mark Miete. Die ortsübliche Vergleichsmiete beträgt 500 Mark. Die frühere Regelung ließ zu, daß die Miete in einem Jahr um 250 Mark auf das Vergleichsmietenniveau von 500 Mark angehoben wurde. Die neue Regelung erlaubt das nicht mehr. Jetzt kann die Miete lediglich um 75 Mark (30 Prozent von 250 Mark) innerhalb von drei Jahren heraufgesetzt werden.

3. **Das System der Vergleichsmieten wird vereinfacht.** Als ortsübliche Vergleichsmieten gelten künftig nur Mieten, die in den letzten drei Jahren vereinbart wurden. **Hier wird lediglich das im Gesetz verankert, was bereits heute weitgehend in der Praxis durchgeführt wird.** Außerdem wird das Vergleichsmietenverfahren gestrafft. Die Vermieter können künftig auch Vergleichsmieten aus den eigenen Wohnbeständen benennen. Im Streitfall entscheidet wie bisher das Gericht.

4. **Die Vereinbarung von Staffelmieten wird ermöglicht.** Danach behalten Mieter und Vermieter die Möglichkeit, von vornherein zu vereinbaren, daß eine zunächst niedrigere

Anfangsmiete innerhalb eines bestimmten Zeitraums um festgelegte Beträge steigt.
**Aber: Kein Mieter kann gezwungen werden, einen Staffelmietvertrag abzuschließen.
Auch kann nicht in bestehende Verträge eingegriffen werden.**

5. Das neue Mietrecht regt an, vorübergehend leerstehende Wohnungen auf Zeit zu vermieten, wenn der Vermieter anschließend grundlegende bauliche Veränderungen der Wohnung plant oder sie selbst nutzen will. Die bisherige Regelung führte dazu, daß wertvoller Wohnraum oft leer blieb. Auch diese neue Regelung enthält wichtige Schutzbestimmungen für die Mieter. So muß der Vermieter rechtzeitig vorher schriftlich das vereinbarte Vertragsende mitteilen, und bei Mißbrauch hat der Mieter einen Schadensersatzanspruch gegen den Vermieter.

6. Die soziale Absicherung der Mieter durch das Wohngeld bleibt erhalten. Die Regierung Helmut Kohl hat dafür 80 Millionen Mark mehr bereitgestellt als die alte SPD-Regierung.

7. Außerdem hat die Regierung Helmut Kohl ein wohnungsbaupolitisches Sofortprogramm beschlossen. Dadurch werden zusätzliche Mietwohnungen gebaut, und der Bau von Eigenheimen wird durch bessere steuerliche Rahmenbedingungen (begrenzter Schuldzinsenabzug), durch Verbilligung der Bausparzwischenfinanzierung und durch die Bereitstellung weiterer Mittel zur Förderung von Eigentums- und Mietwohnungen im sozialen Wohnungsbau erleichtert. **Insgesamt stellt der Bund für dieses Programm neben dem Schuldzinsenabzug 2,5 Milliarden Mark zusätzlich bereit.**

Dies nützt den Mietern. Denn je knapper das Angebot an Wohnungen, desto teurer die Mieten. **Die Mieter, vor allem kinderreiche und junge Familien und sozial Schwächere wissen aus Erfahrung, daß ein größeres Angebot an Wohnungen der beste Mieterschutz ist.**

Im übrigen: Die Mietrechtsänderungen sind im wesentlichen bereits von der alten SPD-Regierung geplant und beschlossen worden. Wir zitieren den früheren Bundeskanzler Schmidt, der in seiner Regierungserklärung am 24. November 1980 im Deutschen Bundestag erklärt hat:

„Um den Wohnungsbau zu beleben, wird die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für den frei finanzierten Wohnungsbau verbessern, beispielsweise durch Vereinfachung des Vergleichsmietenverfahrens und Zulassung von Staffelmieten, . . . Die Bundesregierung wird schrittweise mehr marktwirtschaftliche Elemente in den sozialen Wohnungsbau einführen, damit trotz gestiegener Kosten mehr Wohnungen gebaut werden können.“

Hans-Jochen Vogel widerlegt sich selbst, wenn er jetzt das neue Mietrecht wieder zurücknehmen will. Denn als zuständiger Bundesjustizminister hatte er damals die Erklärung zum Mietrecht von Helmut Schmidt persönlich mitgetragen. Auch will die SPD von ihrem eigenen Gesetzentwurf vom September 1981 zum Mietrecht jetzt nichts mehr wissen.

Wir bitten Sie, helfen Sie uns bei unserem Bemühen, die Mieter zu schützen und die Lage auf dem Wohnungsmarkt im Interesse der Mieter und der Wohnungssuchenden entscheidend zu verbessern. Geben Sie am 6. März beide Stimmen der CDU.

Zur Sache:

WÖRNER HÄLT WORT!

“Nach einer Phase, in der die Modernisierung des Geräts im Vordergrund stand, muß nun der Mensch Vorrang erhalten.”

(Verteidigungsminister Manfred Wörner auf der 26. Kommandeurtagung der Bundeswehr am 20. Oktober 1982)

Nach 13 Wochen Amtszeit hat der CDU-Verteidigungsminister folgendes erreicht:

- Eine Umschichtung von Verteidigungsleistungen zugunsten der Soldaten erfolgt schon für dieses Jahr.
- Einen finanziellen Spitzendienst-Ausgleich erhalten mit Wirkung vom 1. Januar 1983 alle Soldaten, die regelmäßig mehr als 56 Stunden Dienst in der Woche leisten.
- Die Regierung Helmut Kohl hat 350 Stellenanhebungen ermöglicht. Dies ist ein erster Schritt zur Verringerung des seit Jahren beklagten Verwendungsstaus.
- 1000 zusätzliche Zeitsoldaten helfen mit, das große Unteroffizier-Fehl abzubauen. Damit werden insgesamt 3000 Stellen mehr als im letzten Jahr für Längerdienende zur Verfügung stehen.
- Für die Laufbahngruppe der Unteroffiziere gibt es ab 1. Januar 1983 die neuen Spitzdienstgrade Stabsfeldwebel/Oberstabsfeldwebel, Stabsbootsmann und Oberstabsbootsmann. Damit unterstreichen wir die besondere Verantwortung, die das Unteroffizierkorps für die Einsatzbereitschaft der ganzen Bundeswehr trägt.

Der Bundesverteidigungsminister hat den Auftrag erteilt,

- die Notwendigkeit und Häufigkeit von Lehrgängen zu überprüfen,
- die Ausbildung praxisnäher durchzuführen. Erste Erfahrungen dazu vermittelte die Tagung “Kampf dem Gammeln”, die der Minister am 8. und 9. Dezember 1982 durchgeführt hat und an der Wehrpflichtige und Zeitsoldaten aus allen drei Teilstreitkräften teilgenommen haben.

Am 6. März 1983 wird auch über unsere zukünftige Sicherheitspolitik entschieden.

Verteidigungsminister Manfred Wörner hat die ersten Wochen seiner Amtszeit vor allem dazu genutzt, das volle gegenseitige Vertrauen innerhalb der NATO wiederherzustellen. Unser Verteidigungsbündnis lebt davon, daß wir alle fest füreinander eintreten.

Am 6. März 1983 geht es darum, ob die Bundesrepublik Deutschland weiterhin aus der politischen Mitte heraus regiert wird, oder ob sie auf einem illusionären Kurs einer unsicheren Zukunft entgegengeht.

Die Angehörigen der Bundeswehr wissen, was das für sie persönlich und uns alle bedeutet.

CDU
II sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

WAHLKAMPF-TERMINE

28. Januar 1983

Darmstadt

Gespräch mit Mittelstand
Beginn: 15 Uhr
Ernst Albrecht

28. Januar 1983

Viernheim

Öffentliche Kundgebung
Beginn: 17 Uhr
Ernst Albrecht

28. Januar 1983

Idstein

Öffentliche Kundgebung
Beginn: 17 Uhr
Christian Schwarz-Schilling

28. Januar 1983

Botrop

Zielgruppengespräch
Beginn: 17 Uhr
Edmund Stoiber

28. Januar 1983

Goslar

Öffentliche Kundgebung
Beginn: 17 Uhr
Gerhard Stoltenberg

28. Januar 1983

Wörth

Diskussionsveranstaltung
Beginn: 20 Uhr
Ernst Albrecht

28. Januar 1983

Oberursel

Öffentliche Kundgebung
Beginn: 20 Uhr
Walther Leisler Kiep

28. Januar 1983

Seeheim-Jungenheim

Wahlversammlung
Beginn: 20 Uhr
Christian Schwarz-Schilling

28. Januar 1983

Düren

Öffentliche Versammlung
Beginn: 20 Uhr
Edmund Stoiber

28. Januar 1983

Barsinghausen

Vortragsveranstaltung
Beginn: 20 Uhr
Gerhard Stoltenberg

29. Januar 1983

Ravensburg

Wahlkampföffnung
Beginn: 14 Uhr
Gerhard Stoltenberg

31. Januar 1983

Lengerich

Öffentliche Kundgebung
Beginn: 17 Uhr
Walther Leisler Kiep

31. Januar 1983

Kiel

Zielgruppengespräch
Beginn: 17 Uhr
Heinz Riesenhuber

31. Januar 1983

Solingen-Wald

Öffentliche Wahlveranstaltung
Beginn: 20 Uhr
Walther Leisler Kiep

31. Januar 1983

Kiel

Öffentliche Kundgebung
Beginn: 20 Uhr
Heinz Riesenhuber

1. Februar 1983

Bargteheide

Zielgruppengespräch
Beginn: 17 Uhr
Oscar Schneider

1. Februar 1983

Lingen

Diskussionsrunde
Beginn: 17 Uhr
Manfred Wörner

1. Februar 1983

Hattingen

Öffentliche Kundgebung
Beginn: 17 Uhr
Dorothee Wilms

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD